

COP27

Den Ausgang der COP27 in Ägypten kommentiert Oumarou F. Mfochivé. Er ist Klimawissenschaftler und u.a. bei Afrique-Europe-Interact aktiv.

Die Gesamtheit der bislang ergriffenen Maßnahmen ist keinesfalls geeignet, den Anstieg der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Darin kommt ein erheblicher Mangel an Ehrgeiz zum Ausdruck. Umso größer waren die Erwartungen der armen Länder, dass sich die Industrieländer auf der COP27 endlich vom Reden zum Tun durchringen würden. Und in der Tat, eine der größten Fragen des afrikanischen Kontinents lautet, welche Entschädigungen der Westen für den Umstand zu zahlen bereit ist, dass dreihundert Jahre Industrialisierung katastrophale Auswirkungen für die Umwelt hatten. Denn es ist ja offenkundig, dass die Folgen des Klimawandels für den afrikanischen Kontinent ganz real sind. Das zeigen die Überschwemmungen in Nigeria mit mehr als 600 Toten genauso wie die Rekorddürre am Horn von Afrika oder das Vorrücken des Meeres an der senegalesischen Küste. In diesem Sinne war es für mich durchaus ermutigend, dass die reichen Industrieländer auf der COP27 zum ersten Mal in der 30-jährigen Geschichte der Klimaverhandlungen zugestimmt haben, die armen Nationen durch einen Fonds für jene Verluste und Zerstörungen zu entschädigen, die sie aufgrund des Klimawandels unvermeidlicherweise erleiden. Umgekehrt sollte kein Zweifel daran bestehen, dass dieser Fonds ein leeres Glas ist, das darauf wartet, gefüllt zu werden. Denn bislang haben die Entwicklungsländer kaum Zugang zu geeigneter Unterstützung, um sich für kommende Katastrophen zu wappnen. Zudem ist für mich völlig unklar geblieben, welchen Charakter die auf der COP27 beschlossenen Unterstützungen haben, d.h. ob es sich um Subventionen oder lediglich Kredite handelt. Wir sollten dabei auch nicht vergessen, dass der Westen schon oft Zusagen getätigt hat, dann aber viel Zeit für ihre Umsetzung verstreichen ließ. Ich wäre zwar gerne optimistisch, fürchte aber, dass die Vorteile der COP27 für Afrika sehr begrenzt bleiben werden. Und dennoch sollten wir berücksichtigen, dass es in unserer Verantwortung liegt, den Durst des Planeten nach Veränderung zu stillen. ◀

Afrique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter:innen in Mali, Niger, Tunesien, Guinea, Togo, Marokko und der DR Kongo. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen!
→ Seite 4



Bamako (Mali): Großdemonstration gegen ECOWAS-Sanktionen am Platz der Unabhängigkeit, 14.01.2022 [Foto: picture alliance/dpa/MAXPPP / Nicolas Remene / Le Pictorium]

Dekolonisierung 2.0

Warum der Westen im Sahel erheblich an Vertrauen eingebüßt hat

Folgt man der Berichterstattung westlicher Medien, eskaliert die Lage im Sahel zunehmend. Dschihadistische Gruppen kontrollieren immer größere Territorien, insbesondere in Mali, Burkina Faso und Niger. Im vergangenen Jahr starben laut des zivilgesellschaftlichen Bündnisses "People's coalition for the Sahel" monatlich 242 Zivilist:innen, 14,7 Mio. Menschen waren auf humanitäre Hilfe angewiesen, über 1 Mio. Kinder konnten dauerhaft keine Schule besuchen. Gleichzeitig kommt es permanent zu politischen Umwälzungen. In Mali und Burkina Faso haben in kurzen Abständen je zwei Putsch stattgefunden. Zudem hat sich das internationale Beziehungsgefüge der Sahelländer grundlegend verschoben. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich hat jeden Kredit verspielt, in Mali wurde sie buchstäblich vom Hof gejagt. Umgekehrt wächst Russlands Einfluss stetig, im Vordergrund stehen Waffenlieferungen, mit denen Dschihadisten effektiver bekämpft werden sollen.

Umso bemerkenswerter ist, dass die aktuellen Entwicklungen von vielen Menschen im Sahel ungleich positiver wahrgenommen werden, als es die zitierten Zahlen vermuten lassen. Vorherrschend ist ein optimistischer, bisweilen unbeugsam anmutender Grundtenor. Das wurde nicht nur im Juni 2022 deutlich, als in Berlin bei einer von Afrique-Europe-Interact mitorganisierten Konferenz unter dem Titel "Schafft Demokratie Frieden?" fast ausschließlich Referent:innen aus dem Sahel auftraten. Auch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung berichtete im April diesen Jahres, dass sich in Mali bei einer von ihr durchgeführten repräsentativen Umfrage 94 Prozent mit der von Militärs getragenen Übergangsregierung zufrieden zeigten. Um nicht missverstanden zu werden: Niemand

im Sahel bestreitet, dass die allermeisten Menschen unter schwierigsten Bedingungen ihre Existenz sichern müssen. Hierzu tragen auch die durch den Ukraine-Krieg einmal mehr explodierten Preise bei (vgl. Interviews, Seite 2).

Wichtiger ist also etwas anderes: Viele Menschen – nicht zuletzt jüngere – empfinden die derzeitige Situation als eine Art Umbruch. Die aus Putschen hervorgegangenen Übergangsregierungen in Mali und Burkina Faso sind zu demokratischen Hoffnungsträgern avanciert, so paradox das aus einer westlichen Perspektive erscheinen mag. Begreifbar wird das nur, wenn jene Entwicklungen näher betrachtet werden, die sich bereits seit den frühen 2000er Jahren angebahnt haben: Aus vielfältigen Gründen sind die Menschen nicht mehr bereit, eine globale Ordnung als legitim hinzunehmen, die dafür sorgt, dass die Länder des Sahel immer wieder auf einem der letzten Plätze in globalen Rankings wie dem UN-Entwicklungsindex landen. Entsprechend ist das fatale Erbe von Sklaverei und Kolonialismus in die öffentliche Debatte zurückgekehrt. Auch die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass nach der Unabhängigkeit korrupte, klientelistische und hochgradig undemokratische Eliten die Macht an sich gerissen haben, spielt eine wichtige Rolle – nicht nur im Sahel (vgl. Buchtipps, S. 4). Und das wiederum geht Hand in Hand damit, dass auch das Vorgehen westlicher Länder umfassend in die Kritik geraten ist:

Zum Beispiel Doppelstandards: Im Juni 2021 wurde im ebenfalls zum Sahel gehörenden Tschad der langjährige Diktator Idriss Déby bei Gefechten mit Rebellen getötet. Der französische Präsident Emmanuel Ma-

cron nahm nicht nur an seiner feierlichen Beerdigung teil, er winkte auch die quasimonarchische Erbfolgeregelung durch, die Débys Stiefsohn ins Präsidentenamt hievte, einen unter anderem in Frankreich ausgebildeten Viersternegeneral. Hintergrund dürfte gewesen sein, dass der Tschad mittlerweile die wichtigste Militärbasis für französische Soldaten in Afrika darstellt. Ganz anders in Mali: Als sich im vergangenen Dezember landesweit 80.000 Menschen an sogenannten Nationalen Versammlungen ("Assises Nationales") beteiligten und für eine Verschiebung der nationalen Wahlen um 3 bis 5 Jahre votierten, unternahm Macron alles, die betont frankreichkritische Übergangsregierung in Mali international zu ächten, vor allem bemühte er sich darum, wenn auch ohne Erfolg, die EU zu harten Sanktionen gegenüber Mali zu bewegen.

Zum Beispiel EU-Migrationspolitik: Migration – meist in Form zirkulärer Mobilität – gehört seit Jahrhunderten zum kulturellen und sozialen Erbe des Sahel. In Ländern wie Mali machen Rücküberweisungen von Migrant:innen 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Ungeachtet dessen bekämpft die EU seit den frühen 1990er Jahren afrikanische Migrant:innen: In Niger hat sie 2015 maßgeblich zur Verabschiedung eines Gesetzes beigetragen, das die Fahrt durch die Sahara de facto kriminalisiert und somit extrem gefährlich macht. (vgl. Interviews, S. 3).

Zum Beispiel UN-Klimaverhandlungen: Die Sahelländer waren mit als erste vom Klimawandel betroffen. Allein bei der Extremdürre 1984/1985 sind Hunderttausende

gestorben, zudem fielen rund zwei Drittel der 65 Mio. Nutztiere der Hitze und dem Wassermangel zum Opfer. Die sozialen Langzeitauswirkungen sind bis heute spürbar. Dennoch müssen die Menschen im Sahel seit vielen Jahren bei den Weltklimaverhandlungen ein würdeloses Feilschen der Industrieländer darüber erleben, wer für klimawandelbedingte Schäden und Verluste aufkommen soll. Und dieses Versäumnis kann auch nicht durch die bei der COP 27 in Ägypten erstmalig erzielten Kompensationsbeschlüsse wettgemacht werden, zumal jene nur vorläufig und mit viel zu niedrigen Summen unterlegt sind (vgl. nebenstehenden Kommentar).

Das sind nur einige Beispiele, es gäbe unzählige weitere, vor allem im ökonomischen Bereich. Doch sie dürften verständlich machen, weshalb es viele Menschen im Sahel als äußerst anmaßend und heuchlerisch empfinden, wenn ausgerechnet europäische Länder darüber klagen, dass die von den Menschen im Sahel geäußerte Kritik an Frankreich ins Verschwörungstheoretische abkippen würde oder dass es im Antiterrorkampf zu Menschenrechtsverletzungen gekommen sei. Denn selbst wenn sich diese Vorwürfe ganz oder teilweise bestätigen sollten (was wir an dieser Stelle nicht bewerten möchten), so sind sie dennoch vergleichsweise geringfügig gegenüber den eigentlichen Konfliktsachen, wozu auch die von Europa in den letzten Jahrhunderten auf sich geladene Schuld zählt. Kurzum: Europa muss sich endlich um einen echten und aufrichtigen Neuanfang bemühen. Denn die zweite Welle der Dekolonisierung ist bereits in vollem Gange. Verpasst Europa diese Welle, werden sich die Beziehungen zu den Sahelländern weiter verschlechtern, zumal sich Staaten wie China, Russland oder die Türkei längst als alternative Bündnispartner in Stellung gebracht haben. ◀

Korrumperte, klientelistische und hochgradig undemokratische Eliten

Autonomie!

Interview: Das Frauenkollektiv Musow Lafia

Mariam Sawadogo ist bei Afrique-Europe-Interact in Bamako aktiv. Sie hat Ökonomie studiert und bietet Fortbildungen zu Umwelt und Landwirtschaft an. Bei Afrique-Europe-Interact ist sie unter anderem für die Finanzen des feministischen Frauenkollektivs Musow Lafia verantwortlich.

Wer ist Musow Lafia?

Musow Lafia ist ein Frauenkollektiv, das 2018 gegründet wurde. Einerseits, um Lebensmittel zu verarbeiten und so eine zusätzliche Existenzgrundlage für die Frauen zu schaffen. Andererseits, um Frauen zu stärken, auch mit Blick auf patriarchale Familienverhältnisse. Musow Lafia ist Bambara und bedeutet "Die zufriedenen Frauen".

Und was verarbeitet Musow Lafia?

Die Grundprodukte, die wir verarbeiten, sind Fonio und Erdnüsse. Fonio ist ein lokales Getreide, das in Mali sehr gerne gegessen wird, weil es wichtige Nährstoffe enthält. Neben einfachen Fonio-Produkten stellen wir auch Erdnusspaste und Djuka her, letzteres ist eine Mischung aus Fonio und gemahlener Erdnüsse.

Du hast erzählt, Musow Lafia hat auch mit Migration zu tun. In welchem Sinne?

Es sind nicht die Frauen von Musow Lafia, die in die Migration gegangen sind, sondern ihre Männer und Söhne. Oft brechen sie auf und versprechen, in drei oder vier Jahren mit etwas Geld zurückzukommen, sodass ein Haus gebaut oder geheiratet werden kann. Doch dann passiert es regelmäßig, dass die Familie nichts mehr von ihnen hört. Oft können die Angehörigen nicht mehr ruhig schlafen, weil sie ständig auf Neuigkeiten warten. Und genau an diesem Punkt will Musow Lafia seine Mitglieder persönlich unterstützen.

Kannst du etwas genauer beschreiben, wie euer Arbeitsalltag aussieht?

In der Produktion fallen unterschiedliche Aufgaben an, wie das Waschen des Fonios und das Rösten der Erdnüsse. Gleichzeitig ist Musow Lafia ein Ort, an dem die Frauen sich austauschen und über ihre Probleme sprechen können, ein Ort, an dem wir versuchen, diese Probleme auf die eine oder andere Weise gemeinsam anzugehen. Beispielsweise geht es häufig um Gewalt und Dominanz von Ehemännern, Vätern oder Brüdern. Grundsätzlich sind alle bei der Arbeit sehr engagiert, aber manchmal schaffen wir es nicht, sämtliche unserer Produkte zu verkaufen, und dann gerät die Produktion ins Stocken. Das ist der Grund, weshalb wir so interessiert sind, weitere Absatzmöglichkeiten für unsere

Produkte zu finden, auch im Ausland [vgl. nebenstehende Debatte].

Du meinst eben, dass Musow Lafia die Autonomie der Frauen fördern wolle. Was ist damit genau gemeint?

In unserer Gesellschaft ist es den Frauen oft nicht möglich zu arbeiten. Andererseits ist die Familie auch ein wenig stolz, wenn es eine Frau gibt, die Arbeit gefunden hat. Denn so kann sie ihren kleinen Beitrag zum täglichen Lebensunterhalt leisten. Das Gleiche gilt für die arbeitenden Frauen selbst. Wenn du hier eine geregelte Arbeit hast, bist du besser gestellt, als die meisten anderen, die von der Hand in den Mund leben, gerade als Frau. Neben der Arbeit geht es auch um den internen Austausch, über den ich schon gesprochen habe, auch der stellt eine Art Empowerment dar. Und wir beteiligen uns an öffentlichen Aktionen für die Rechte von Frauen, etwa am Weltfrauentag am 8. März oder am panafrikanischen Tag für die Rechte von Frauen am 31. Juli. Entsprechend fordern wir auf vielen unserer Schilder und Transparente ganz konkret die Autonomie von Frauen.

An welchem Punkt steht ihr mit eurer Produktion zurzeit?

Wie gesagt, wir suchen nach weiteren Absatzmöglichkeiten. Denn wir merken, dass wir auf den lokalen Märkten in Bamako keinen Gewinn erzielen können. Insofern suchen wir auch nach Möglichkeiten, unsere Grundprodukte wie Fonio und Erdnüsse in Bio-Qualität einkaufen zu können. Denn im Ausland gibt es eine große Nachfrage nach Bio-Produkten.

Warum könnt ihr eure Produkte in Bamako nicht gewinnbringend verkaufen?

Um hier erfolgreich zu sein, musst du im großen Stil verkaufen, was wir aktuell nicht können. Vielmehr verkaufen die Frauen die Produkte innerhalb der Familie oder an Bekannte oder Freund:innen – und das meist auf Kredit, da die Menschen nur wenig Geld haben. Das führt immer wieder dazu, dass Kund:innen ihre Schulden nicht bezahlen können. 2021 haben wir sogar Geld verloren, das ist ein echtes Problem.

Vor Kurzem hast du an einer Reise nach Guinea teilgenommen. Worum ging es?

Guinea ist sehr bekannt für den Anbau von Fonio. Wir haben dort auch das ökologische Künstler:innendorf Faso Kele besucht, das ebenfalls zu Afrique-Europe-Interact gehört. Konkret ging es darum, ob Faso Kele für Musow Lafia Fonio und Erdnüsse anbauen könnte. Wir haben noch nichts beschlossen, aber die Chancen stehen gut. ◀



Die Arbeit bei Musow Lafia erfolgt ausschließlich manuell, u.a. Sieben und Waschen des Fonio bzw. der Erdnüsse, 2021 [Foto: Lars Springfeld]

„Von eigener Arbeit leben“

Debatte um Lebensmittelexporte nach Europa: Pro und Contra

Die feministische Frauenkooperative Musow Lafia (vgl. nebenstehendes Interview) gehört zu AEI und plant, einen ökologischen und fairen Direkthandel nach Deutschland aufzubauen, zunächst mit Erdnusspaste. Doch Nahrungsmittelsexporte aus Ländern wie Mali sind widersprüchlich, das hat auch eine per Whatsapp geführte Diskussion innerhalb des transnationalen Frauenplenums unseres Netzwerks gezeigt. Beteiligt waren Mariam Sawadogo und Aissata Soumaoro (Musow Lafia/Mali), Soumayatou Pougagnigni (Kamerun), Adjovi Boconvi (Deutschland, ursprünglich Togo) und Dorette Führer (Deutschland), letztere als Moderatorin.

Dorette: Weshalb wollt ihr als Musow Lafia Erdnusspaste in Europa verkaufen?

Aissata: Spätestens seit den Sanktionen, die die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS im Januar 2022 gegen Mali verhängt hat, ist es sehr schwierig geworden, überhaupt noch Gewinne zu machen. Vor allem agrarische Rohstoffe sind sehr teuer geworden: Früher haben 100 Kilo Erdnüsse 55.000 CFA gekostet [84€], dann sind die Preise auf 100.000 CFA [152€] geklettert, inzwischen befinden sie sich bei 80.000 CFA [122€]. Trotzdem ist der Preis für die aus den Erdnüssen produzierte Erdnusspaste gleich geblieben, da die Menschen gar nicht das Geld haben, teurere Erdnusspaste zu kaufen. Doch die Frauen wollen nicht aufgeben, sie lieben ihre Arbeit. Deswegen wollen wir einige unserer Produkte in Europa anbieten. Wir erhoffen uns, dass wir dort mehr Geld verdienen können als in Westafrika.

Mariam: Ja, obwohl wir zurzeit kaum Profit machen, arbeiten wir weiter. Es geht auch um den alltäglichen Austausch, beispielsweise die innerfamiliären Probleme der Frauen. Das soziale Zusammensein ist wichtig, es beruhigt die Gemüter. Wenn wir es also schaffen würden, internationale Märkte zu erschließen, wäre das eine große Freude für die Frauen.

Adjovi: Klar, es wäre toll, wenn es uns als Netzwerk gelingen würde, die Produkte von Musow Lafia in Deutschland zu verkaufen. Ein großes Problem ist der Transport, der gerade in der aktuellen Situation sehr teuer ist. Wir müssen daher in Europa erklären, warum der Kauf des Erdnussmus so wichtig ist – nämlich deshalb, weil die Frauen nur so von ihrer eigenen Arbeit leben können.

Dorette: Aber wir sollten nicht vergessen, dass der Export agrarischer Rohstoffe tendenziell die Ernährungssouveränität Afrikas untergräbt. Wäre es nicht besser, wenn das Erdnussmus auf lokalen Märkten in Mali verkauft würde.

Soumayatou: Ja, es kann passieren, dass man nicht mehr genug Rohstoffe für den eigenen Verbrauch hat. Bei uns hat das mit Großhändlern zu tun, die wichtige Rohstoffe wie Kochbananen im großen Stil exportieren. Denn dann ziehen im Land die Preise an, weil es zu Verknappungen kommt. Aber wenn es sich um Kleinhandlernerinnen wie Musow Lafia handelt, glaube ich nicht, dass Exporte ein wirkliches Problem darstellen.

Mariam: Die Frage der Knappheit ist in vielen afrikanischen Ländern mittlerweile ein öffentliches Thema. Es heißt, dass die Hungersnot in den ländlichen Gebieten noch größer wird, wenn alle Agrarprodukte das Land verlassen. Aus diesem Grund wollen wir nur einen Teil unserer Produkte exportieren.

Dorette: Ich möchte mal ein Gedankenexperiment machen: Wenn der lokale Handel für Musow Lafia profitabel wäre – beispielsweise, weil die Regierung die Betriebe oder Konsument:innen subventionieren würde, dann wäre es doch allein aus ökologischen Gründen sinnvoll, ausschließlich lokal zu vermarkten. Oder etwa nicht?

Aissata: Na ja, das ist jetzt dein Gedankenexperiment, aber hier in Afrika funktioniert das nicht so. Wir wären sehr froh, wenn unsere Rohstoffe billiger wären. Aber das ist nicht der Fall. Eigentlich wurde im Norden Malis – insbesondere in den Regionen Timbuktu und Kidal – viel Fonio angebaut, es waren diese Regionen, die die Hauptstadt ernährten. Aber seit 2012 sind viele Bauern und Bäuerinnen durch bewaffnete Dschihadisten von ihren Feldern vertrieben worden. Dadurch sind die Preise für Rohstoffe erstmalig so richtig angewachsen. Und genau deshalb brauchen wir den Handel mit Europa so dringend. Denn wir wollen nicht Sklavinnen dieser Situationen bleiben, von der niemand weiß, ob und wann sie sich ändern wird.

Adjovi: Ich möchte die Diskussion ebenfalls abkürzen. Denn wir sollten wirklich beim Thema bleiben – der Autonomie der Frauen von Musow Lafia. Und wir sehen ja, dass alles teurer wird. Der Handel auf lokaler Ebene funktioniert derzeit nicht, sodass wir uns erst auf den Export konzentrieren sollten.

Dorette: Ja klar, ich verstehe das, aber eigentlich geht es doch darum, langfristig unabhängig zu werden. Wenn ihr primär nach Europa exportiert, seid ihr noch stärker von schwankenden Transportpreisen abhängig. Und vor allem davon, dass sich immer wieder Konsument:innen finden müs-

sen, die bereit und in der Lage sind, einen guten Preis für eure Produkte zu bezahlen.

Adjovi: Das stimmt, das ist ein Widerspruch. Aber die Frauen müssen von ihrer Arbeit leben können.

Mariam: Na ja, eine Alternative wäre, dass wir uns als Kleinunternehmen besser organisieren, um staatliche Subventionshilfen zu erhalten. Wenn das funktionieren würde, wäre das ein Hoffnungsschimmer. Aber diese Versprechungen von staatlicher Hilfe dauern oft zu lange und enden im Nichts.

Soumayatou: Wie Adjovi möchte auch ich betonen, dass es eine Tatsache ist, dass Verkäuferinnen auf dem Markt nicht genug Geld verdienen können, um ihre täglichen Ausgaben abzudecken. Wenn kleine Produzentinnen wie Musow Lafia einfache Maschinen hätten, mit denen sie größere Mengen verarbeiten könnten, dann wäre ein Gewinn vielleicht möglich. Aber für solche Maschinen fehlen oft die finanziellen Mittel und das Knowhow.

Mariam: Ja, auch bei Musow Lafia wären solche Maschinen gut, sie könnten auch gebraucht sein. Denn mit einer effektiveren Produktion könnten wir Geld sparen und uns mit der Zeit langsam modernisieren.

Dorette: Gut, es dürfte deutlich geworden sein, dass es im Alltag viele Widersprüche gibt, auch mit Blick darauf, dass wir ja eigentlich einen regionalen Handel wollen, der von Europa unabhängig ist und der ein Preisniveau aufweist, das sowohl für Verkäufer:innen als auch für Käufer:innen zufriedenstellend ist. Trotzdem scheint es zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll zu sein, mit Musow Lafia einen Direkthandel nach Europa aufzubauen.

Adjovi: Das sehe ich auch so! Und ich denke, dass die Leute das Erdnussmus mögen werden. Und sie werden auch verstehen, weshalb es wichtig ist, die Autonomie von Frauen zu stärken.

Soumayatou: Ja, ich bin auch dabei! Und wirklich, der Name Musow Lafia muss von sich reden machen, vor allem müssen wir betonen, dass es eine ökologische Produktion ist. Ich werde die Produkte von Musow Lafia auch in Kamerun bewerben.

Aissata: Ja, wir möchten diesen Handelsaustausch auf ganzer Linie! Gemeinsam mit euch allen. Unser Wunsch ist, dass Musow Lafia ein starkes Unternehmen wird, um möglichst viele Menschen zu ernähren! ◀

Das Leben im Sahel wird immer teurer, aber die Menschen haben kaum noch Geld. Musow Lafia möchte daher Erdnusspaste nach Deutschland exportieren.



Rösten der Erdnüsse, 2021 [Foto: Lars Springfeld]

Gedenken in Zarzis

Interview: Migrationsdebatten in Tunesien

In Gedenken an verstorbene und vermisste Migrant:innen veranstalten Angehörige und ihre Unterstützer:innen immer wieder sogenannte "CommemorAction's" – transnationale Gedenkaktionen. Anfang September fand eine 5-tägige CommemorAction in der tunesischen Küstenstadt Zarzis statt – unter Beteiligung mehrerer Aktivist:innen von Afrique-Europe-Interact. Sie ist Ausgangspunkt des Interviews mit Riadh Ben Ammar, der in Tunesien und Deutschland aktiv ist und der zu den Gründern unseres Netzwerks gehört.

Wie hast du das Zusammentreffen in Zarzis erlebt?

Im Mittelpunkt standen die Familien der Vermissten aus unterschiedlichen Ländern, unter anderem aus Tunesien, Algerien, Senegal und Marokko. Sie haben viel von ihrer Situation und der Suche nach ihren Geliebten erzählt. Oft haben sie von ihnen jahrelang nichts mehr gehört. Die Berichte waren sehr emotional und bewegend. Gleichzeitig haben sie uns viel Kraft gegeben und darin bestärkt, weiter gegen die Ungerechtigkeiten zu kämpfen.

Wieso wurde Zarzis als Veranstaltungsort ausgewählt?

Zarzis liegt in der Nähe der Grenze zu Libyen und spielt als Ausgangspunkt für die Überquerung des Mittelmeers eine wichtige Rolle. Gleichzeitig machen die vielen Leichen an den Stränden von Zarzis das Sterben im Mittelmeer sehr sichtbar. Der Fischer Chemseddine Marzoug hat daher vor mehreren Jahren einen Friedhof in unmittelbarer Nähe zum Strand eröffnet, um den Verstorbenen zumindest ein würdevolles Begräbnis zu ermöglichen.

Wenige Wochen nach der CommemorAction verunglückte ein Boot mit 18 Menschen aus Zarzis. Von den meisten fehlt bislang jede Spur. 8 folgten Proteste in Zarzis und Tunis. Weshalb?

Der Tod der 18 Menschen hat die gesamte tunesische Gesellschaft erschüttert. Tausende Menschen sind auf die Straße gegangen und haben die Behörden aufgefordert, die Suche nach den Vermissten zu intensivieren. Außerdem wurde scharf kritisiert, dass die Behörden einige der aufgefundenen Leichen ohne Feststellung der Identität anonym bestatten ließen. Es gab auch starke Kritik an Präsident Kais Saied, weil er selbst nicht nach Zarzis gereist ist. Ich fände es allerdings gut, wenn bei solchen Protesten die europäischen Institutionen stärker angesprochen würden. Denn sie tragen eine Mitverantwortung für die Situation.

In welchem Sinne?

Die EU hat ein großes Interesse daran, dass die tunesische Küstenwache Boote Richtung Europa stoppt. In Tunesien steht al-

erdings die eigene Regierung im Mittelpunkt der Kritik. Insbesondere wird sie aufgefordert, Arbeitsplätze zu schaffen, um das Problem der Perspektivlosigkeit zu lösen. Ich finde es daher absolut notwendig, auch die europäischen Behörden für ihre Abschottungspolitik zu kritisieren und über das Recht auf Bewegungsfreiheit zu sprechen.

Welche Bedeutung hat das Recht auf Bewegungsfreiheit für die tunesische Gesellschaft?

Historisch gesehen waren Bewegungsfreiheit und Migration wichtiger Bestandteil unseres Alltags. Sie haben uns eine rege Teilnahme am Austausch im Mittelmeerraum ermöglicht. Aus Zarzis gab es viele Verbindungen nach Marseille oder Genua. Nach der Revolution 2011 haben wir gehofft, dass junge Leute aus Tunesien wieder stärker mit demokratischen und freien Gesellschaften in Kontakt kommen könnten. Doch die EU hat diese Hoffnung zerstört, sodass wir unter uns bleiben müssen. Die Isolation trägt zur Perspektivlosigkeit bei und man verliert den Glauben an sich.

Du bist Teil der Gruppe Sans VISA. Welche Aktionen habt ihr in diesem Sommer durchgeführt?

Wir haben in Tunis gemeinsam mit einigen Familien der Vermissten vor einer EU-Behörde gegen die europäische Abschottungspolitik protestiert, dabei haben wir viel Zuspruch von den tunesischen Wachleuten erfahren. Und am Flughafen von Tunis haben wir die Ankunft von abgeschobenen Tunesier:innen aus Deutschland mit einer Kundgebung begleitet. Derzeit versuchen wir, in Tunis Orte zu schaffen, wo politische Diskussionsveranstaltungen stattfinden und Migrant:innen zeitweise unterkommen können.

Welches Ziel verfolgt ihr mit euren Aktivitäten?

Wir wollen eine Bewegung für das Recht auf Bewegungsfreiheit gründen. Hierzu braucht es eine Mobilisierung und Diskussionen im gesamten Land, wozu wir als Sans VISA mit einer Infotour beitragen wollen, um gerade auch die jungen Menschen außerhalb der größeren Städte zu erreichen. Wir benötigen einen neuen Diskurs, der Fragen der Bewegungsfreiheit mit Entwicklungsfragen verbindet und die Schuld für die Toten und Vermissten im Mittelmeer bei der Europäischen Union sucht.

Mehr Informationen zur Situation von Migrant:innen in der Wüste und rund ums Mittelmeer finden sich in der neu erschienenen Broschüre "Voices of Struggle. 8 Years Alarm Phone": <https://bit.ly/3gzFO4I>



Gedenken an verstorbene Migrant:innen in Zarzis (Tunesien), September 2022 [Foto: Samuel Abraham / SAM photography]

„Niger als Türsteher der EU“

Interview: Weshalb das Alarmphone Sahara vor Gericht klagt

2017 hat Afrique-Europe-Interact zusammen mit anderen Organisationen das Alarmphone Sahara (APS) gegründet. Ziel ist es, Migrant:innen und Abgeschobene in der Wüste zu unterstützen und die Öffentlichkeit zu informieren. Politisch richtet sich das APS unter anderem gegen das sogenannte „Anti-Schleuser-Gesetz“ 036-2015, das in Niger im Jahr 2015 auf Druck der europäischen Union verabschiedet wurde und das den Transport, die Unterbringung und die Unterstützung von Migrant:innen kriminalisiert. In diesem Sinne berichten die APS-Mitglieder Azizou Chehou und Moctar Dan Yayé im Interview von einer Klage, die das Alarmphone Sahara und die Vereinigung der Abgeschobenen Malis beim Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS eingereicht haben. Denn nach Überzeugung des APS verstößt das Gesetz gegen mehrere Grundsätze, unter anderem gegen das 1979 verabschiedete Freizügigkeitsabkommen, das Bürger:innen der ECOWAS-Zone Bewegungsfreiheit in allen Mitgliedsländern der ECOWAS garantiert, also auch in Niger.

Könnt Ihr zum Einstieg eure Kritik an dem Gesetz zusammenfassen?

Wir kritisieren an dem Gesetz, dass es das Recht auf Mobilität stark einschränkt. Wir wollen zugleich zeigen, dass nicht nur Menschen, die als Migrant:innen unterwegs sind, unter dieser Einschränkung leiden. Auch die Bevölkerung in den Gebieten, die von Migrant:innen durchquert werden, zahlt einen hohen Preis – etwa Kleinhändler:innen im grenzüberschreitenden Handel oder Pensionsbesitzer:innen, die Migrant:innen unterbringen. Dies verdeutlicht: Es handelt sich nicht um eine bloß interne Angelegenheit des Nigers. Vielmehr geht es um eine gesetzliche Maßnahme, die hauptsächlich von der Europäischen Union initiiert und durchgesetzt wurde.

Wie wirkt sich diese Kriminalisierung auf Migrant:innen aus?

Wir haben verschiedene Arten von Rechtsverletzungen aufgezeigt, unter anderem Erpressungen auf den Routen, wo man mittlerweile für das Überqueren der Grenzen oder die Weiterfahrt bezahlen muss – trotz des ECOWAS-Freizügigkeitsabkommens. Der Transport ist teuer geworden, mit der Konsequenz, dass die Migrant:innen – vor allem Mädchen und Frauen – sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, wenn sie die Gebühren nicht bezahlen können. Zudem werden Migrant:innen inhaftiert, ohne jedoch die Möglichkeit zu haben, sich zu verteidigen.

Welche Auswirkungen hat das Gesetz auf die Arbeit des APS und anderer?

Die Auswirkungen auf unsere Arbeit bestehen darin, dass das Gesetz eine ständige und unsichtbare Bedrohung für unsere Arbeit mit Migrant:innen darstellt. Denn aufgrund des eher vagen Charakters des Gesetzes wissen wir nie, ob wir als ein Akteur wahrgenommen werden, der sich lediglich für die seit Generationen verbürgten Rechte von Migrant:innen stark macht oder als ein Akteur, der in der sogenannten irregulären Migration und somit im Menschenhandel tätig ist. Denn wenn wir Migrant:innen in Not antreffen, versuchen wir, ihnen zu helfen oder ihr Leben zu retten. Dabei respektieren wir aber auch, wenn Migrant:innen weiter gen Norden gehen möchten. Und genau das ist der Grund, weshalb wir jederzeit juristisch belangt werden können. Und das macht uns Angst. Darüber hinaus stehen einige von uns mit migrantischen Communities im Austausch – und auch solche Kontakte können als Verstoß gegen das Gesetz gewertet werden. Bislang wurde noch niemand von uns aufgrund des Gesetzes verurteilt. De facto kann das Gesetz jedoch Repression gegen Aktivist:innen legitimieren, die sich für die Rechte von Migrant:innen einsetzen.

Im September ist die Klage gegen das Gesetz beim ECOWAS-Gerichtshof eingereicht worden. Wie lautet deren Inhalt, und was kann die Klage bewirken?

Die Klage basiert auf einer Reihe von Untersuchungen, die wir in Niger und Nigeria durchgeführt haben. Daraus ergeben sich Argumente und Fakten von juristischem Wert, die vom Anwalt des nigrischen Staates nicht geleugnet oder abgelehnt werden können. Wir haben die Überarbeitung dieses Gesetzes gefordert, damit die Menschen ihr Recht auf Bewegungsfreiheit wahrnehmen können. Konkret haben wir aufgezeigt, dass dieses Gesetz in seiner aktuellen Form mehreren Rechtsprinzipien widerspricht: Dem internationalen Recht, dem Respekt vor der Menschenwürde sowie dem Recht auf Bewegungsfreiheit, das nicht nur in der Erklärung der Menschenrechte und den regionalen westafrikanischen Abkommen enthalten ist, sondern auch in der nigrischen Verfassung.

In einer Stellungnahme von November weist die Regierung eure Argumente zurück. Was bedeutet das?

Wir glauben, dass die Klage eine abschreckende Wirkung hätte, wenn sie angenommen und ein Urteil gefällt würde. Aber selbst, wenn das Gesetz nicht über-

arbeitet würde, wäre es ein Verdienst, dass wir unsere Meinung laut ausgesprochen haben. Und es wäre eine Warnung an den Staat. Zudem ist eine Sache schon passiert: Die Regierung prüft tatsächlich, ob das Gesetz überarbeitet werden muss.

Und wie ist es dazu gekommen?

Man kann sagen, dass die Überarbeitung des Gesetzes das Ergebnis eines Prozesses ist, der von der Zivilgesellschaft und einigen lokalen Behörden angestoßen wurde. Die Stoßrichtung des Gesetzes – nämlich gegen Menschenhandel vorzugehen – ist nicht verkehrt. Aber das Problem liegt in der Art der Anwendung des Gesetzes. Denn diese zielt darauf ab, die Mobilität von Menschen einzuschränken, insbesondere in Richtung Norden. Das Gesetz ist also lediglich ein Instrument, aber es kommt darauf an, wie bzw. gegen wen das Instrument eingesetzt wird.

Im Februar 2023 plant ihr eine Konferenz mit weiteren Akteur:innen in Niamey. Worum soll es gehen?

Diese Konferenz wird die Gelegenheit bieten, verschiedene Menschen zusammenzubringen und sich auf Niger zu konzentrieren, das heute als Türsteher der EU agiert. Denn das von uns kritisierte Gesetz wurde nicht von nigrischen Politiker:innen initiiert, sondern dem nigrischen Staat von außen mittels einer Extrabelohnung von 1 Milliarde Euro buchstäblich aufgedrängt. Diesen Aspekt wollen wir der Welt vor Augen führen. Gemeinsam soll über strategisch-politische Positionen bezüglich der ständigen Vorverlagerung der EU-Grenzen diskutiert werden – Stichwort Externalisierung. Wir wollen die Rechte der Migrant:innen stärken, die in Niger unterwegs sind. Denn klar ist, dass es vor Verabschiedung des Gesetzes unglaublich weniger Fälle von Verschwinden und Sterben-Lassen gab als heute. Zudem wollen wir die internationale und nationale Öffentlichkeit über Aktionen informieren, die wir gegen das Gesetz planen, und dabei auch den Beweis antreten, dass die Behauptung falsch ist, wonach sich Migrationsbewegungen durch Repression reduziert hätten. Im Gegenteil: Es gibt mittlerweile mehr Migration als vorher.

Wie kann das APS bei dieser Konferenz unterstützt werden?

Wir brauchen rechtliche, solidarische und finanzielle Unterstützung seitens unserer Verbündeter. Selbst wenn wir die Klage gegen dieses Gesetz verlieren, hätten wir eine historische Tat vollbracht. ◀

Lange war Migration ein wichtiger Teil unseres Alltags – etwa nach Marseille oder Genua. Sie hat uns die Teilnahme am Austausch im Mittelmeerraum ermöglicht.

Verstorbene Migrant:innen in Oujda

Eine der Gründungsgruppen des Alarmphone Sahara (vgl. nebenstehendes Interview) ist die Vereinigung zur Unterstützung von Migrant:innen (AMSV) in der marokkanischen Stadt Oujda, unweit der Grenze zu Algerien. Die AMSV unterstützt nicht nur Migrant:innen, die gerade die Wüste durchquert haben. Sie verfolgt auch das Ziel, Migrant:innen zu identifizieren und zu bestatten, die im marokkanisch-algerischen Grenzgebiet rund um Oujda ums Leben gekommen sind. Die Identifizierung ist nicht einfach, aber die AMSV nutzt ihre seit vielen Jahren aufgebauten Kontakte zu Migrant:innen, um die Familien der Verstorbenen Schritt für Schritt ausfindig zu

machen, auch in irgendwelchen kleinen Dörfern in Westafrika. Dieses Vorgehen gibt nicht nur den Verstorbenen ihre Würde zurück, sie hilft auch, die Angehörigen vom stechenden Schmerz der Ungewissheit und Angst zu befreien. Denn die AMSV kennt diesen Schmerz gut, insbesondere deshalb, weil sie in Oujda eng mit Familien vermisster und verstorbener Migrant:innen zusammenarbeitet. Entsprechend ist auch aus Oujda eine Delegation zur CommemorAction nach Zarzis gefahren (vgl. obiges Interview). Afrique-Europe-Interact schätzt die Arbeit der AMSV sehr, wir haben deshalb bereits einige ihrer Aktivitäten finanziell unterstützt. ◀



Kamerunische Exiloppositionelle demonstrieren gegen den Besuch von Paul Biya in Genf, 2019 [Foto: picture alliance/AP Photo / Martial Trezzini]

„Als Terrorist diffamiert“

Interview: Wie Paul Biya Kamerun seit 40 Jahren beherrscht

Djif Djimeli stammt aus Kamerun und ist aktiv bei Afrique-Europe-Interact. Seit Jahren kämpft er mit künstlerischen und politischen Mitteln gegen Landzeitdiktator Paul Biya. Im Interview berichtet er unter anderem, warum er die kamerunische Botschaft mit roter Farbe bemalt hat und welche Konsequenzen dies in Kamerun gehabt hat.

Du lebst seit 2013 in Deutschland und bist als politischer Flüchtling anerkannt. Warum musstest du Kamerun verlassen?

Im November 2013 bin ich nach Deutschland gekommen. Ich musste Kamerun verlassen wegen meines Spielfilms "Die letzten Raubtiere" [Originaltitel: "139...les derniers prédateurs"]. Der Film ist eine Parabel über die kamerunische Diktatur unter Paul Biya. Als der Film veröffentlicht wurde, habe ich zunächst Bedrohungen erhalten und wurde schließlich festgenommen und gefoltert.

Wie bist Du dann nach Deutschland gekommen?

Ich bin eher zufällig in Deutschland gelandet. Ich war zu einem Filmfestival in Bayreuth eingeladen, um dort meinen Film zu zeigen. Da mein Leben in Kamerun weiterhin in Gefahr war, konnte ich nicht zurückkehren. Eigentlich hatte ich vor, anschließend nach Kanada zu reisen. Dort hatte ich ein Stipendium gewonnen. Das internationale Flüchtlingsrecht regelt jedoch, dass man in dem ersten „sicheren“ Land, das man erreicht, Asyl beantragen muss. Ich bin also zu einem Filmfestival nach Deutschland gekommen – mit einer Hose und einem Hemd. Nach fast neun Jahren bin ich immer noch hier.

Paul Biya wurde 1982 zum Präsidenten Kameruns ernannt und regiert das Land bis heute. Wie konnte er sich so lange an der Macht halten?

Paul Biya regiert mit Angst, Korruption, Sicherheitskräften und Spaltung. Die Menschen in Kamerun haben Angst, ihn öffentlich zu kritisieren. Sie haben Angst, dass sie ihre Arbeit verlieren, dass ihnen oder ihrer Familie etwas Schlimmes passiert. Kamerun ist, laut Transparency International, eines der korruptesten Länder der Welt. Der Präsident nutzt die Staatskasse, um sich politische Unterstützung zu erkaufen. Menschen, die in Kamerun friedlich gegen die Regierung demonstrieren, werden festgenommen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Als weiteres Machtinstrument setzt das Regime auf die Spaltung der Bevölkerung. Durch die gezielte Diskriminierung und Bevorzugung einzelner Ethnien, etwa bei der Vergabe von Regierungsposten oder im Militär, werden Be-

völkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt.

Welchen Gefahren sind Oppositionelle und regimiekritische Aktivist:innen in Kamerun ausgesetzt?

Nach dem Betrug bei den Präsidentschaftswahlen 2018, die der Oppositionsführer Maurice Kamto gewonnen hat, haben zahlreiche Demonstrationen stattgefunden. Viele Oppositionsführer wurden daraufhin festgenommen und wegen Terrorismus verurteilt. Teilweise droht ihnen die Todesstrafe. Während Maurice Kamto durch den Druck von Aktivist:innen der kamerunischen Diaspora auf europäische Regierungen wieder freigelassen wurde, sitzen bis heute etwa 100 Personen in Haft. Im Moment gibt es nur wenig Leute, die sich trauen, in Kamerun Demonstrationen zu organisieren.

Seit vielen Jahren engagierst Du Dich, als Teil der kamerunischen Diaspora, für politische Veränderungen und Demokratie in Deiner Heimat. Wie sind Eure Proteste mit dem politischen Widerstand in Kamerun verbunden?

Wir verfolgen gegenseitig unsere politischen Aktivitäten über social media. Manchmal organisieren wir am selben Tag Demonstrationen in Europa und in Kamerun, um Solidarität zu zeigen. Wenn in Kamerun politische Aktivist:innen inhaftiert oder festgenommen werden oder es zu Polizeigewalt kommt, reagieren wir darauf mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Wenn Mitglieder des Regimes nach Europa reisen, organisieren wir Proteste. Diese Aktionen werden in Kamerun wahrgenommen und machen den Menschen dort Mut, selbst auf die Straße zu gehen.

Gemeinsam mit anderen kamerunischen Aktivist:innen hast Du mehrmals die Botschaft Kameruns in Berlin besetzt. In einer Kunstaktion habt Ihr die Fassade der Botschaft mit roter Farbe bemalt. Was wollt Ihr mit diesen Aktionen erreichen?

Nach dem Betrug bei den letzten Präsidentschaftswahlen sind in Kamerun viele Menschen auf die Straße gegangen, um zu protestieren. Anfang 2019 wurden über hundert Demonstrant:innen festgenommen, zahlreiche Aktivist:innen wurden von der Polizei auf der Straße erschossen. Um auf die Situation in unserer Heimat aufmerksam zu machen, haben wir uns dazu entschieden, die kamerunische Botschaft zu besetzen. Ich bin Künstler. Ich bin Filmemacher und Schauspieler. Ich habe mich gefragt, Wie

kann ich auf das Blutvergießen in Kamerun aufmerksam machen? Seit 2016 tobt im Nordwesten und Südwesten Kameruns ein Bürgerkrieg, in dem inzwischen mehr als 4.000 Menschen gestorben sind. Die rote Farbe an der Fassade der Botschaft symbolisiert das Blut dieser Männer, Frauen und Kinder und weist auf die Verantwortung hin, die das Regime hierfür trägt.

Das Regime von Paul Biya bezeichnet Dich und Deine Mitstreiter:innen als Terroristen. In Kamerun wurde ein Haftbefehl gegen Dich erlassen. Wie stehst Du zu den Vorwürfen?

Wir setzen uns für einen friedlichen, demokratischen Machtwechsel in Kamerun ein. Gewalt ist dabei keine Option. Wir bauen darauf, dass die Bevölkerung in Kamerun sich organisiert, sich traut auf die Straße zu gehen und demokratische Wahlen herbeiführt. Als kamerunische Diaspora und als politische Aktivist:innen, versuchen wir diesen friedlichen Protest zu unterstützen. Das Regime findet das natürlich nicht gut und reagiert empfindlich auf unsere Aktionen. In einer Sendung des nationalen kamerunischen Fernsehens, wurde ich als Terrorist und Feind des Regimes diffamiert. Nach der Malaktion wurde der deutsche Botschafter in Kamerun einbestellt.

Wegen Deiner letzten Protestaktionen warst Du in Berlin vor Gericht und wurdest zu einer Geldstrafe verurteilt. Aktuell wird Dein Aufenthaltstitel nicht verlängert. Siehst Du einen Zusammenhang zwischen Deinem politischen Engagement und Deinen Problemen mit der Ausländerbehörde?

Seit Juni wurde mein Aufenthaltstitel nicht verlängert. In den fast neun Jahren, in denen ich hier in Deutschland lebe, habe ich das noch nie erlebt. Da die Ausländerbehörde sich nicht bewegt, hat mein Anwalt beantragt, meinen Fall vor dem Bundesverwaltungsgericht zu verhandeln. Im Februar 2023 könnte es so weit sein. Ich weiß nicht, ob es einen Zusammenhang mit meinem politischen Engagement gibt. Ich habe mitbekommen, dass die Ausländerbehörden aufgrund der großen Anzahl von Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, mit der Bearbeitung der Aufenthaltstitel nicht hinterherkommen. Doch grundsätzlich vertraue ich in dem deutschen Rechtsstaat, der völlig anders funktioniert als Kamerun.

Wie sieht Deine Vision von einem demokratischen Kamerun aus?

Demokratie bedeutet für mich, dass die Mehrheit der Bevölkerung darüber bestimmt, wer an der Regierung ist. In einem demokratischen Kamerun sollte jeder seine Meinung frei äußern können, niemand sollte ins Exil müssen. ◀

THEATER-TIPP

Riadh Ben Ammar – Aktivist bei Afrique-Europe-Interact und Theaterschauspieler – bietet Theateraufführungen an. Sein aktuelles Stück heißt „Die Falle“ und ist eine Geschichte über die geschlossenen EU-Außengrenzen und ihre Missverständnisse: Man kann nicht an der Küste leben, ohne die andere Seite wenigstens einmal gesehen zu haben. Die jungen Leute, die es schaffen, in Europa zu landen, versuchen alles, um nicht wieder mit leeren Händen zurückzukehren. Illegalität, Kriminalität und die ständige Angst, abgeschoben zu werden, sind ihr Alltag.

Riadh präsentiert seine Theaterstücke nicht nur auf Theaterbühnen, sondern auch in Parks und Hinterhöfen, vor Schulklassen oder auf Festivals, Kundgebungen und Konferenzen – pandemiebedingt sind auch online-Auftritte dazugekommen.

Er freut sich über Einladungen und Anfragen per Mail an: theaterfuerebewegungsfreiheit@gmail.com

BUCH-TIPP

Olaf Bernau ist aktiv bei Afrique-Europe-Interact. Im März 2022 ist bei C.H.Beck sein Buch "Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte" erschienen, Anfang 2023 erscheint die 2. Auflage (320 Seiten, 18 Euro). Das Buch beschäftigt sich mit der Geschichte zirkulärer Mobilität in Westafrika und widerspricht so der Annahme, dass es möglich wäre, mit einer immer stärkeren Überwachung der EU-Außengrenzen die Ankunftsahlen von Migrant:innen und Geflüchteten zu reduzieren. In Europa sei vielmehr eine selbstkritische Auseinandersetzung mit Fluchtursachen nötig, unter anderem mit der Frage, wie Sklaverei und Kolonialismus die Basis für viele der heutigen Probleme gelegt haben. Das Buch ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Analyse und journalistischer Beschreibung, es greift an vielen Punkten Erfahrungen auf, die eng mit unserem Netzwerk zusammenhängen.

Kontakt für Veranstaltungen: www.olafbernau.de

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist:innen unter anderem in Mali, DR Kongo, Togo, Niger, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant:innen und Abgeschobene.

AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

www.afrique-europe-interact.net

twitter: @ae_interact

Facebook: Afrique Europe Interact

Mail: info@afrique-europe-interact.net

Telefon: +49 (0) 151 / 525 27 776

FILM-TIPP

Richard Fouofié Djimeli ist Geflüchteter aus Kamerun und Aktivist. Er arbeitet als Schauspieler und Filmemacher. Sein jüngster Film heißt „Die vergessenen Migrant:innen“. Es geht um zirkuläre Migration in Westafrika. Dafür hat Richard in Mali einen Fischer, einen Markthändler, einen Bauern und eine Aktivistin begleitet.

Kontakt für Filmvorführungen & Filmgespräche: info@afrique-europe-interact.net

IMPRESSUM

Redaktion: Olaf Bernau, Dorette Führer, Moritz Galen, Leonie Jantzer, Phillip Koller, Lars Springfeld

Beilage: taz, analyse & kritik, Der Freitag

Bestellung: Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

V.I.S.D.P.: Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren.

Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Spendengelder: **Erstens** für das Alarmphone Sahara (Niger, Mali und Togo) und andere Aktivitäten im Bereich Migration (u.a. in Tunesien); **zweitens** für unsere Aktivitäten im Bereich bäuerlicher Selbstorganisation in Mali und der DR Kongo; **drittens** für die Unterstützung des sozialen Zentrums von Afrique-Europe-Interact in Bamako; **viertens** für das Rasthaus für Frauen und ihre Kinder in Rabat (Marokko); **fünftens** für das ökologische Künstler:innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung (u.a. ein Frauenprojekt zur Verarbeitung von Lebensmitteln in Bamako); **siebten** für unsere Aktivitäten gegen die Langzeitdiktaturen in Togo und Kamerun; und **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa. Ein Hinweis noch: Die meiste Arbeit bei Afrique-Europe-Interact erfolgt ehrenamtlich. Lediglich in Marokko, Mali und Niger bezahlen wir an 15 bis 20 Personen kleine Gehälter, Aufwandsentschädigungen oder Tagespauschalen.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftzug)

Name: Globale Gerechtigkeit e.V.

Bank: GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE67 4306 0967 2032 2373 00 BIC GENODEM1GLS